

## Nationales Forum für Engagement und Partizipation

### Dialogforum

### **„Unternehmen in der Bürgergesellschaft – Corporate Citizenship“**

Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind Grundlagen unseres Gemeinwesens. Angesichts der Folgen des demografischen Wandels und der Globalisierung ist die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft vor neue Herausforderungen gestellt. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern und neu zu gestalten, ist gemeinsames Handeln von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat erforderlich.

Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ist Ausdruck und eine Triebkraft einer neuen Kultur der sektorenübergreifenden Kooperation und Partizipation, in der sich die Rollen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat verändern. Es gibt ein klares Bekenntnis aller drei Sektoren, dass es sinnvoll und notwendig ist, miteinander zu kooperieren. Diese Partnerschaften erfordern eine wechselseitige Offenheit und echte Bereitschaft zur Kooperation und zugleich ein Bewusstsein über eigene Kernaufgaben und die Stärken des jeweils anderen. Zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen sollten die Akteure aller drei Bereiche ihre jeweils spezifischen Kenntnisse und Kompetenzen einbringen. Eine nationale Engagementstrategie bietet die Chance, die politischen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln und die Voraussetzungen für eine Partnerschaft zwischen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft weiter zu verbessern.

Akteure der Wirtschaft bringen sich bereits heute auf vielfältige Weise in die Bürgergesellschaft ein. Sie verstehen sich als ökonomische Akteure und sehen ihre unternehmerischen Aktivitäten im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Verantwortung. Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen (Corporate Citizenship) wird damit zum integralen Bestandteil der Bürgergesellschaft. Vor diesem Hintergrund reicht das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen von Spenden über das Engagement von Mitarbeitern (Corporate Volunteering), eigene Projekte, den Austausch mit dem Dritten Sektor über unternehmerische Ansätze bis hin zu Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Auch bei der Schaffung, Gestaltung und Verstetigung einer engagementfördernden Infrastruktur kommt der partnerschaftlichen Kooperation und der gemeinschaftlichen Bereitstellung von Ressourcen eine zentrale Rolle zu.

## **1. Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren für mehrsektorale Partnerschaften**

### *a) Konkreter Handlungsbedarf (Problemstellung)*

Zur Ausschöpfung des vollen Potentials, das in der praktischen Zusammenarbeit von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat liegt, sollten wechselseitige Unkenntnisse und Vorbehalte über Rollen, Erwartungen, Interessen und Ziele abgebaut werden. Die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz und das Verständnis für solche Partnerschaften sollten noch wachsen. Daher ist es erforderlich, sich über Erfolgs- und Rahmenbedingungen von Partnerschaften sowie den jeweiligen Nutzen zu verständigen und gemeinsam Lernprozesse anzustoßen.

### *b) Lösungsvorschlag*

Ein gesellschaftlicher Dialog zwischen Unternehmen, Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist essentiell und sollte stattfinden, um ein neues Bewusstsein für die bürgerschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen und vor allem für das Potential partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern. Dabei sollten die verschiedenen Organisations- und Engagementformen, die Erwartungen und Interessen der Akteure, ihre Rollen und Handlungslogiken transparent gemacht werden. Eine Klärung der jeweiligen und gemeinsamen Ziele und die Bereitschaft zum Konflikt sind dabei unerlässlich.

Sektorenübergreifende Zusammenarbeit ist auch ein Ringen um die beste Lösung für gesellschaftliche Aufgaben, ein Prozess des Interessenausgleichs und des Aushandelns. Auch daraus entsteht Innovation. Die Kriterien und die Rahmenbedingungen für erfolgreiche mehrsektorale Partnerschaften sollten weiterentwickelt werden.

### *c) Schritte zur Implementierung des Vorhabens (Lösungswege)*

- Auf der Grundlage einer praxisorientierten Bestandsaufnahme von Partnerschaften sollten Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien sektorenübergreifender Kooperationen zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren herausgearbeitet werden. Die Bun-

desregierung sollte dies bereits bei der Erstellung des Engagementberichts im Jahr 2012 berücksichtigen.

- Gemeinsam von Akteuren aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickelte Kriterien für Rahmenbedingungen sollten Grundlage von Förderungen sein.
- Die Bundesregierung wird gebeten, eine systematische Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen für sektorenübergreifende Kooperation vorzunehmen. Zuwendungsrechtliche, vergaberechtliche und steuerrechtliche Regelungen sollten unter Beteiligung von Experten der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit so überarbeitet werden, dass sie der Wirklichkeit und dem Potential der sektorenübergreifenden Kooperation gerecht werden.
- Auf dieser Grundlage sollte der Bund darauf hinwirken, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, Wirtschaftsverbände und gemeinnützige Verbände sowie Unternehmen und die Verwaltung dabei unterstützt werden, Partnerschaften einzugehen. Dies sollte durch Maßnahmen in den Bereichen Qualifizierung, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer geschehen.
- Für die Entwicklung einer Kultur der mehrsektoralen Kooperation sollten Erkenntnisse anderer europäischer Länder im Hinblick auf deren Erfolgsfaktoren und Hindernisse genutzt und der Erfahrungsaustausch verstärkt werden.
- Es bedarf verlässlicher Strukturen für Dialog, Auseinandersetzungen und Kooperation. Dafür sollten geeignete Foren wie Marktplätze, Runde Tische und Stakeholderprozesse gefördert werden. Außerdem sollten die Möglichkeiten des Internet für solche Diskurse und die praktische Vermittlung von Kooperationen genutzt werden.
- Darüber hinaus sollte der Bund die Anerkennung der Partnerschaften verbessern (z.B. durch Einführung als Kategorie beim Deutschen Engagementpreis).

#### *d.) Vorbildfunktion der Bundesregierung*

Die Ressorts der Bundesregierung werden gebeten, sich eng abzustimmen, um eine ganzheitliche Engagementpolitik zu entwickeln. Andere thematisch einschlägige Politikansätze auf Bundesebene sollten integriert werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation, dem Nationalen CSR-Forum und anderen Beratungsforen sollte gewährleistet werden. Bestandteil der nationalen Engagementstrategie sollte eine Strategie der Förderung sektorenübergreifender Partnerschaften und einer Kultur der partnerschaftlichen Zusammenarbeit sein, die Unternehmen, Organisa-

tionen der Zivilgesellschaft und staatliche Einrichtungen gleichermaßen einbezieht. Die Bundesregierung könnte hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

## **2. Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene**

### *a) Konkreter Handlungsbedarf (Problemstellung)*

Bürgerschaftliches Engagement ist in der Regel lokal angelegt, soll aber auch international umsetzbar sein. Die Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), deren gesellschaftliches Engagement häufig regional orientiert ist. Eine regionale Orientierung auf Standort und Umfeld prägt auch das Engagement vieler großer und globaler Unternehmen. Daher verdient die lokale und regionale Ebene – ebenso wie das Engagement der KMU – besondere Aufmerksamkeit.

Auf lokaler und regionaler Ebene sind bereits Instrumente und Modelle erprobt worden, die das Engagement von Unternehmen in sektorübergreifenden Kooperationen voranbringen. Soziale Marktplätze, lokale Unternehmensaktionstage, Verantwortungspartner, Runde Tische und lokale Bündnisse gehören dazu und sind zentrale und anerkannte Bausteine für Unternehmen in ihrem bürgerschaftlichen Engagement.

### *b) Lösungsvorschläge*

Kooperationen zwischen den Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene sollten systematisch weiterentwickelt werden. Dazu bedarf es der Einigung auf treibende Akteure und Runde Tische vor Ort.

Außerdem sollten Qualifizierungsangebote geschaffen werden, die die Vermittlungskompetenzen fördern und stärken (siehe DF Bildung).

Mittlerorganisationen sind ein starker Hebel für die Verbreitung von lösungs- und zukunftsorientiertem kooperativem Unternehmensengagement. Da sie mit einem entsprechenden Profil und Aktivitäten im Bereich Corporate Citizenship als Dienstleister und Entwicklungsagentur einen erheblichen Nutzen für die Gemeinschaft stiften, sollten sie als Bestandteile der Infrastruktur gefördert werden (siehe DF Infrastrukturförderung).

Schließlich ist durch geeignete Strategien (Kampagnen, öffentliche Thematisierung) der Verbreitungsgrad guter Beispiele für das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zu erhöhen.

### *c) Schritte zur Implementierung des Vorhabens (Lösungswege)*

- Die Bundesregierung wird gebeten, die Schaffung von Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement auf allen föderalen Ebenen zu unterstützen (siehe DF Infrastruktur).
- Die Bundesregierung wird gebeten, die bestehenden guten Beispiele regionaler Kooperation überregional sichtbar zu machen und den überregionalen Austausch zu befördern (z.B. durch Prämierungen und Preise, Vernetzungsveranstaltungen).
- Die Bundesregierung wird gebeten, aufbauend auf bestehenden Strukturen in Ländern und Kommunen Modelle für eine nachhaltige Vernetzung der verschiedenen Akteure auf regionaler und kommunaler Ebene weiterzuentwickeln und anzuregen. Gemeinnützige Organisationen, Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Politik und Verwaltung aus Ländern und Kommunen sollten in diesen Prozess einbezogen werden.

### **3. Aufbau einer handlungsorientierten Forschung zu förderlichen Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren**

#### *a) Konkreter Handlungsbedarf*

Der Bericht zur Lage des bürgerschaftlichen Engagements zeigt, dass die Forschungslage unzureichend ist. Dies gilt insbesondere für die praxisbezogene Forschung.

#### *b) Lösungsvorschlag*

Die Bundesregierung wird gebeten, im Rahmen einer nationalen Engagementstrategie einen Schwerpunkt auf die Unterstützung handlungs- und zukunftsorientierter Forschung an der Schnittstelle von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu legen. Insbesondere sollte die Evaluation regionaler Partnerschaften vorangetrieben werden.

## **Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogforums am 30. April 2010 und des vorbereitenden Workshops am 25. März 2010:**

- Holger Backhaus-Maul, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Bernward Baule, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Thomas Baumeister, Deutsche Bank AG
- Rolf Böisinger, Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Dr. Claire Bortfeldt, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Antje Brehmer, Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Claudia Bremer, RWE AG
- Dr. Michael Bürsch, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland
- Konstanze Carreras-Solé, BMW Group
- Cornelia Coenen-Marx, Evangelische Kirche in Deutschland
- Florian Dallmann, Deutscher Bundesjugendring
- Vera Fischer, Civil Academy, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Leoni Heister, Borromäusverein
- Dr. Elvira Helmer, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Dr. Frank W. Heuberger, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- Dr. Konrad Hummel, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
- Simone Klein, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Peter Kromminga, UPJ
- Martin Kunze, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Peter Kusterer, IBM
- Dr. Susanne Lang, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland
- Dr. Michael Maaß, Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Brigitte Manke, Thüringer Ehrenamtsstiftung
- Dr. Heide Mertens, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands
- Marika Mund, Familienzentrum Färberhof gGmbH
- Thomas Osburg, Intel GmbH Europe
- Andreas Pautzke, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Christine Pehl, betapharm Arzneimittel
- Bianka Pergande, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
- Marcel Pillath, Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungszentrum Bür-

## gerschaftliches Engagement

- Jonathan Przybylski, Phineo gGmbH
- Erik Rahn, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Jürgen Röser, Social Angels Stiftung
- Dr. René Schmidpeter, Bertelsmann Stiftung
- Heidrun Schwarz, AKTIVOLI Marktplatz Gute Geschäfte (Hamburg)
- Tina Seifert, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Hans Sendler, EUSENDOR
- Claudia Siebelt, Deutscher Caritasverband
- Karin Siegmund, Save The Children Deutschland
- Loring Sittler, Generali Zukunftsfonds
- Stefanie Wismeth, KPMG
- Brigitta Wortmann, BP Europa SE